

Jugendförderung in Gefahr

Protest gegen Förderstopp für Jugendklub

Das Ups in Marßel verliert institutionelle Gelder und steht vor dem Aus – offener Brief an Senatorin



Etwa 30 Kinder und Jugendliche sind jeden Tag im Jugendklub Ups in Marßel.

Klaus Grunewald

Marßel. Muss der Jugendklub Ups an der Upsalastraße in Marßel im nächsten Jahr seine Pforten schließen? Diese Frage treibt die betroffenen Mitarbeiter und Jugendlichen ebenso um wie die Stadtteilpolitiker. Während einer Informationsveranstaltung in den Räumen des Klubs ist die zuständige Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, Claudia Schilling (SPD), aufgefordert worden, Ups unbedingt zu erhalten und Marßel damit zu stärken.

Wie in etlichen Bremer Kinder- und Jugendeinrichtungen geht momentan auch im Jugendklub Ups die Angst um. Grund ist das neue Finanzierungsmodell des Senats für die offene Kinder- und Jugendarbeit. Zwar soll ab 2027 das Budget generell erhöht werden. Wie es verteilt wird und wer davon profitiert, steht allerdings auf dem

Prüfstand. Zahlreiche Einrichtungen in der Hansestadt sehen deshalb ihren Fortbestand gefährdet.

Während einer Protestveranstaltung in den Ups-Räumen auf dem Marßeler Feld wurde jetzt zwar grundsätzlich anerkannt, dass für nordbremische Jugendeinrichtungen ab 2027 insgesamt 600 000 Euro mehr zur Verfügung gestellt werden sollen als bisher. Allerdings erhalte Ups davon keinen Cent. In der Fachsprache der Sozialbehörde heißt es: „Der Jugendklub wird nicht mehr ‚institutionell gefördert‘.“ Anders formuliert: Für Personal- und Betriebskosten stehen keine Mittel zur Verfügung.

Unter diesen Voraussetzungen, so die Einschätzung während der Veranstaltung im Ups, an der auch die Sprecherin des Burglesumer Beirats, Maren Wolter (SPD), und der stellvertretende Sprecher Martin Hornues (CDU) teilnahmen, drohe dem Jugendklub das Aus.

In einem Offenen Brief an Senatorin Claudia Schilling wird nun unmissverständlich gefordert, die „institutionelle Förderung“ auch künftig sicherzustellen. Schließlich sei Ups der einzige einfach zugängliche Treffpunkt für Marßeler Kinder und Jugendliche ab zehn Jahren. Er wird nach den Worten von Quartiersmanager Marc Vobker an den Öffnungstagen jeweils von 30 Kindern und Jugendlichen besucht, die vor allem aus benachteiligten Familien stammen und im Ups „aufgefangen werden“. Schon allein deshalb sei es notwendig, dass Ups den Jugendlichen auch weiterhin „Beziehungs- und Angebotskontinuität“ biete, heißt es in dem Offenen Brief. Zumal aufgrund der Insellage des Marßeler Feldes andere Jugendfreizeitheime für unsere Kinder und Jugendlichen so gut wie nicht erreichbar seien.

Auch aus Sicht der Polizei und der Wohnungsbauunternehmen erfüllt der Jugendklub eine zentrale Funktion bei der präventiven Gefahrenabwehr, wird in dem Schreiben an das Sozialressort unterstrichen. Ups ermögliche nämlich einen wichtigen Zugang zu schwer erreichbaren Zielgruppen und fungiere deshalb als vertrauensbildende Schnittstelle zwischen Jugendlichen und staatlichen Institutionen. Das wissen offensichtlich auch die Wohnungsbauunternehmen auf dem Marßeler Feld zu schätzen, haben sie doch Ups in den vergangenen Jahren finanziell und materiell unterstützt.

Auf dem Marßeler Feld wohnen und leben viele finanziell und materiell benachteiligte Menschen. Gängige Angebote zur Integration wie in anderen Wohngebieten seien für die rund 5500 Bewohner schlicht nicht vorhanden, schreiben die Autoren des Offenen Briefes, in dem es weiter heißt: „Zu Recht wünschen Sozialbehörde, Ortsamt und Beirat die Gründung eines zeitgemäßen Quartierzentrums.“ Dass es nun aber ausgerechnet in Marßel zu einer faktischen Einrichtungsschließung kommen solle, halte man für ein falsches Signal, das in der Sache kontraproduktiv sei, lautet die Botschaft an die Sozialsenatorin.